Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 9

Artikel: Neuere Literatur zum Thema Demokratie
Autor: Nef, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165465

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Robert Nef

Neuere Literatur zum Thema Demokratie

Über Theorie und Praxis der Demokratie gibt es jährlich allein im deutschen Sprachbereich über hundert Neuerscheinungen, und weltweit könnte man mit bibliographischen Angaben ein weiteres Buch darüber publizieren. Es geht im folgenden nicht um eine systematische Literaturübersicht, sondern um eine Auswahl, die so wenig frei ist von publizistischer Willkür wie die kurzen persönlichen Kommentare.

Das «Ende der Demokratie» verkündet eine von der Kritik eher überschätzte Publikation des französischen Diplomaten *Jean Guéhenno*[1]. Sie teilt damit das Schicksal aller Bücher, die dramatisierend das Ende des Ganzen verkünden, weil sie einen Teilaspekt – im vorliegenden Fall den Einfluss der Massenmedien – verabsolutieren: intensive kurzlebige Beachtung, rasches Vergessen.

Einen ausgezeichneten, ideengeschichtlichen Überblick zum Thema vermittelt die «Demokratietheorie» des aus Italien stammenden, an der Columbia University lehrenden Politologen *Giovanni Sartori*[2]. Die englische Originalausgabe ist zwar noch vor 1989 erschienen, aber es spricht für dieses Standardwerk, dass der Autor, wie er im Vorwort der deutschsprachigen Ausgabe schreibt, keinen Anlass sah, den Text zu ändern. Demokratie ist für Sartori ein Prinzip, das *«auf die Spitze getrieben, leicht ins Gegenteil umschlagen»* kann. Die liberale Demokratie ermöglicht es, die Zukunft mit *«Versuch und Irrtum»* anzupacken, wobei im komplexen Gebäude unserer Zivilisation der geglückte Versuch möglichst häufig an die Stelle des Irrtums treten sollte.

Die USA sind als Nation *«aus der Idee der Demokratie geboren»*, und zahlreiche Amerikaner sind nach wie vor der Auffassung, eine ideale Demokratie errichtet zu haben. Im Geiste *Tocquevilles* hat nun der deutsche Autor *Werner Peters*[3] ein überaus anregendes Buch verfasst, das man wegen seines unbefangenen, humorvollen und gelegentlich auch konstruktiv-selbstkritischen Stils durchaus «amerikanisch inspiriert» nennen könnte. Peters beschreibt eine «Physiologie» der amerikanischen Gesellschaft, die auch die «demokratische Pathologie» an diesem *«fortgeschrittenen Exemplar»* nicht übersieht. Wer die Schwierigkeiten mit der Demokratie als ein europäisches oder gar als ein schweizerisches Phänomen sieht, das durch «Anpassung» an die gegenwärtigen sozialen Gegebenheiten nach der Formel *«more of the same»* zu bewältigen wäre, wird durch die Lektüre dieses «Tocqueville des 20. Jahrhunderts» (die allerdings die Originallektüre nicht zu ersetzen vermag) eines Besseren belehrt.

Der linke französische Publizist *Etienne Balibar*[4] publiziert seine – von ihm selbst im Vorwort als «Versuche und Irrtümer» charakterisierten – Aufsätze zur Theorie und Praxis der Demokratie. Er verweist zu Recht auf die subtilen *«Verquickungen des nationalen (und mithin nationalistischen) und sozialen (wenn nicht sozialistischen) Aspekts»*. Nationale Grenzen und soziale Ausgrenzungen sind für ihn das zentrale Problem, und er stellt fest, dass es weder einen «Staat Europa» noch ein «europäisches Volk» gebe, dem eine «europäische Demokratie» nach seinen Vorstellungen Rechnung tragen könnte. Letztlich geht es ihm nicht – wie der Titel suggeriert – um «Grenzen der Demokratie», sondern um die Schwierigkeiten einer Demokratie, welche, grenzüberschreitend, Menschenrechte und Sozialrechte verwirklichen will und Probleme hat, dafür in einer multikulturellen Gesellschaft entscheidungsfähige Gebietskörperschaften und Mehrheiten zu finden.

1 *Jean Guéhenno: «Das Ende der Demokratie». Aus dem Französischen, Artemis & Winkler Verlag, München und Zürich 1994.*

2 *Giovanni Sartori: «Demokratietheorie». Hrsg. von Rudolf Wildenmann, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992.*

3 *Werner Peters: «The Existential Runner: Über die Demokratie in Amerika». Edition Klaus Isele, Eggingen 1992.*

4 *Etienne Balibar: «Die Grenzen der Demokratie». Aus dem Französischen, Argument-Verlag, Hamburg 1993.*

Mit denselben Schwierigkeiten ringt – aus einem andern politischen Blickwinkel – der deutsche Autor *Burkhard Wehner*[5], der politikwissenschaftliche mit ökonomischen Überlegungen verknüpft. Seine Grundthese ist, dass der herkömmliche Sozialstaat *«als Reparaturbetrieb des Marktsystems auf die Dauer überfordert sein wird»*. Wehner bleibt nicht bei einer schonungslosen Analyse stehen und bei einer Prognose, *«dass die herkömmlich demokratische Politik dasselbe Schicksal ereilen wird wie die sozialistische Wirtschaft»*. Er präsentiert zahlreiche, sehr beachtliche und radikale Vorschläge, wie demokratische Politik institutionell verknüpfbar wäre mit einer liberalen Ordnungspolitik.

Eine andere hochinteressante Verknüpfung, jene von Staatstheorie und Psychologie, gelingt *Jörg Paul Müller*[6] in seiner Studie über «Demokratische Gerechtigkeit». Diese Auseinandersetzung mit *John Rawls* und seinen Kritikern sowie mit der Diskursethik von *Habermas* zeigt, dass sich das Spannungsfeld von Demokratie und Gerechtigkeit nicht quantitativ durch «mehr oder weniger» und auch nicht institutionell durch «direkter oder indirekter» auflösen lässt. Der demokratische Grundkonsens ist und bleibt für den Autor sowohl prekär als auch unverzichtbar. Mit der interdisziplinären Öffnung der staatsrechtlichen Optik hin zum Gesichtsfeld der Psychologie erhält die Diskussion neue Facetten. Näher als die psychologischen Erklärungen gemeinschaftsverträglicher und vertraglicher Kommunikation läge für einen Juristen wohl das weite und ebenfalls «psychologieträchtige» Feld der Privatautonomie. (Dies ist keine Kritik, sondern eine Anregung für eine Fortsetzung des Gesprächs.) Das Privatrecht ist die juristische Alternative zur Demokratie. Es ist in der Lage – auch bei immer knapper werdendem Konsens für Allgemeinverbindliches – «massgeschneidert» und, persönlich und zeitlich auf die unmittelbar Beteiligten und Betroffenen abgestimmt, limitierte Verbindlichkeiten zu schaffen, die freiwillig eingegangen werden und damit individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechen dürften. Privatrechtler haben bzw. hätten zu den drängenden Problemen einer multikulturellen, hoch-arbeitsteiligen, international vernetzten Gesellschaft Wesentliches zu sagen. Vielleicht sollten wir nicht «mehr Demokratie wagen», sondern «mehr Privatautonomie»...

Raimund Germann[7] hat sein in verschiedenen Aufsätzen immer wieder begründetes Plädoyer für die Ersetzung der schweizerischen Konkordanzdemokratie durch ein *«heuristisches Modell der Konkurrenzdemokratie»* in Buchform herausgegeben. Seine Diagnose des politischen Systems der Schweiz lautet *«Selbstblockierung»* mit der wachsenden Gefahr eines *«Verfassungsinfarkts»*. Die Therapievorschläge lassen sich mit der Formel «weg vom Sonderfall, hin zum europäischen Normalfall» einer *«ganz normalen Regierung mit einem Regierungschef, die ihre Legitimation auf Parlamentswahlen abstützt»*, zusammenfassen. Besteht hier nicht die Gefahr, ein historisches Modell (Schweizerische Eidgenossenschaft), das nicht optimal funktioniert, zu ändern, nur damit es mit einem neuen Modell (EU) zusammenpasst, das – vor allem auch unter dem Gesichtspunkt demokratischer Mitbestimmung – noch schlechter funktioniert?

Silvano Möckli[8] ist im Dossier dieses Hefts selbst zu Wort gekommen. Seine Monographie über «Direkte Demokratie» bleibt nicht bei der vergleichenden Systemanalyse stehen, sondern zieht auch eine gegenüber direkt-demokratischen Verfahren bemerkenswert positive Bilanz. Nicht beizupflichten ist seinen Erwägungen bezüglich «Demokratisierung der Wirtschaft». Wer Selbstbestimmung auf Märkten durch Mitbestimmung in Interventionssystemen ersetzen will, beeinträchtigt die wirtschaftliche Produktivität und leistet keinen Beitrag zum Mündigwerden des Menschen in seiner Rolle als Konsument und Produzent.

Eine Ergänzung und teilweise auch Spezifizierung von Möcklis Analyse bringt die fast gleichzeitig erschienene – ebenfalls als Habilitationsschrift eingereichte – Monographie des Berliner Politologen *Wolfgang Luthardt*[9], bei welcher der intensive Einbezug der schweizerischen Literatur auffällt. Dies ist vielleicht mit ein Grund für die insgesamt sehr positive Bewertung demokratischer Partizipation, während die in anderen der hier angezeigten Publikationen beschriebenen Engpässe und Sackgassen des Demokratieprinzips vielleicht etwas zu kurz kommen.

5 *Burkhard Wehner: «Die Katastrophen der Demokratie. Über die notwendige Neuordnung der politischen Verfahren». Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992.*

6 *Jörg Paul Müller: «Demokratische Gerechtigkeit. Eine Studie zur Legitimität rechtlicher und politischer Ordnung». Deutscher Taschenbuchverlag, München 1993.*

7 *Raimund E. Germann: «Staatsreform. Der Übergang zur Konkurrenzdemokratie». Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 1994.*

8 *Silvano Möckli: «Direkte Demokratie. Ein internationaler Vergleich». St. Galler Studien zur Politikwissenschaft, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 1994.*

9 *Wolfgang Luthardt: «Direkte Demokratie. Ein Vergleich in Westeuropa». Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1994.*

Auf zwei in Reihen erscheinende Sammelwerke sei hier noch hingewiesen, die sich in grundsätzlicher Weise mit Demokratiefragen auseinandersetzen. Das Jahrbuch der schweizerischen Philosophischen Gesellschaft 1994 befasst sich mit dem Themenkreis «Gemeinschaft und Freiheit». *Elmar Holenstein*[10] weist in seinem Beitrag auf die Besonderheiten hin, welche die schweizerische Theorie und Praxis beim Gesellschaftsvertrag hervorgebracht haben. Er beurteilt unser Land – wie wohltuend nach all der jubiläumsbedingten Selbstkritik! – als eine durchaus zukunftsträchtige, in verschiedener Hinsicht sogar modellhafte Synthese archaischer und moderner demokratischer Errungenschaften, deren Reform durch *«ausbalanciertes Zurechtrücken von Gewichten»* und nicht durch Eliminieren einzelner Bestandteile erfolgen sollte. *Georg Kohler* vermittelt geistreich zwischen der Forderung des Amerikaners *Richard Rorty* nach einem *«Vorrang der Demokratie vor der Philosophie»* und der entgegengesetzten Position des Deutschen *Karl-Otto Apel,* indem er als Schweizer weder beiden recht noch beiden unrecht gibt.

Das Heft 117 der stets lesenswerten Vierteljahresschrift «Kursbuch»[11] befasst sich mit dem Volk als «Souverän». Nach der Lektüre von all den Lobeshymnen auf die Partizipation in der direkten Demokratie ist *Thomas Schmids* «Plädoyer für die Entmachtung der Massen» das wohltuend ernüchternde libertäre Antidot. Er favorisiert mit guten Gründen das evolutionäre angelsächsische Demokratiemodell vor dem jakobinischen, das nicht nur in Frankreich, sondern in diesem Jahrhundert auch im Nachkriegsdeutschland das intellektuelle Feld beherrschte. *«Demokratie hat nichts mit Massen, nicht übertrieben viel mit Volk, einiges aber mit Form und Gestalt zu tun»,* lautet einer der Schlüsselsätze dieses elegant geschriebenen Essays voller Denkanstösse und Fussangeln.

Als Letztes sei die Publikation eines deutschen Wirtschaftsverbandes[12] besonders nachdrücklich zur Lektüre empfohlen. Die Broschüre verbindet Informationsdichte, analytische Klarheit, polemische Schärfe und politische Kreativiät und ist als umfassende Einführung für alle an der Reformdiskussion Beteiligten hervorragend geeignet. Wer von einem Interessenverband nichts als einseitige und tagespolitisch ausgerichtete Wortmeldungen erwartet, wird hier eines Besseren belehrt. Die im Untertitel angekündigten Anstösse zur ordnungspolitischen Diskussion werden auch tatsächlich vermittelt und in einer vorbildlich übersichtlichen und allgemeinverständlichen Art dargestellt. Für eine «Volksdiskussion», wie sie der Bundesrat in der Schweiz im Zusammenhang mit einer Totalrevision der Bundesverfassung zurzeit anregt, könnte eine vergleichbare Unterlage von grossem Nutzen sein, sie könnte allerdings – wie eine kleine Kostprobe zeigen soll – nicht von Regierungsseite bereitgestellt werden, da diese ja Reformen in der Regel mit ihren eigenen Interessen nach mehr Einfluss und Macht «harmonisiert» und die Bereiche des höchsten Reformbedarfs, die Finanzverfassung und die Sozialversicherung nicht an die Spitze der Traktandenliste stellt (sondern u. a. die untergeordnete Frage nach den Unterschriftenzahlen unnötig dramatisiert...) *«Steuerrechtszentralismus öffnet Gesetzesperfektionismus Tür und Tor. Selbst die Steuerbasis wird vom Bund dirigistisch verordnet, Mischfinanzierungen vermindern überall die politische Selbstverantwortlichkeit der nachgeordneten Gebietskörperschaften. So entstand ein System der Ausbeutung aller durch alle mit der Folge, dass alle staatlichen Körperschaften über ihre Verhältnisse leben»* (S. 40). ✦

10 *«Gemeinschaft und Freiheit». Jahrbuch der schweizerischen Philosophischen Gesellschaft, Vol. 53/1994, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 1994.*

11 *«Das Volk, der Souverän». Kursbuch, Heft 117, September 1994, Rowohlt, Berlin.*

12 *«Demokratiereform». Anstösse zu einer ordnungspolitischen Diskussion». Schriftenreihe des Unternehmerinstitutes UNI, Bonn 1995.*

SPLITTER

Die individuelle Freiheit kann in einen Konflikt mit der demokratischen Organisation geraten, wie auch die positive Freiheit der Selbstverwirklichung mit der negativen Freiheit der Nicht-Einmischung.

Isaiah Berlin: «Freiheit. Vier Versuche». S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1995, S. 60